

## «Lehrplan 21» geht in den politischen Prozess

Ein einheitlicher Lehrplan für die gesamte deutschsprachige Schweiz könnte ab 2014 in den Kantonen eingeführt werden – falls das Projekt alle politischen Hürden nimmt. Die «Grundlagen für den Lehrplan 21» erhielten in der Vernehmlassung viel grundsätzliche Zustimmung. Aber der Teufel steckt im Detail.



Foto: Doris Fischer

**Baustelle «Lehrplan 21»:** Der Einzug in dieses Gebäude soll ab 2014 möglich sein.

«Kantone und Lehrerschaft wollen den Lehrplan 21.» – In erster Linie diese Botschaft wollte Anton Schwingruber, Luzerner Bildungsdirektor und Präsident der Steuergruppe des Lehrplanprojekts, an einer Medienorientierung vom 5. November in Luzern an die Öffentlichkeit tragen.

**Heinz Weber**

Die Aussage ist grundsätzlich korrekt: An einer Versammlung der Erziehungsdirektorinnen und -direktoren der Kantone mit deutschsprechender Bevölkerung (Deutschschweizer EDK) bekun-

deten Ende Oktober 20 von 21 Bildungsdirektorinnen und -direktoren ihren Willen, an der konkreten Erarbeitung des «Lehrplan 21» mitzumachen (der 21. Kantonsvertreter, jener von Appenzell Innerrhoden, war abwesend). Ausserdem hat der LCH – an der Medienorientierung vertreten durch Zentralpräsident Beat W. Zemp – die Zustimmung der Lehrerschaft signalisiert (vgl. Stellungnahme Seite 5).

Auch die im ersten Halbjahr 2009 durchgeführte Vernehmlassung zu den «Grundlagen für den Lehrplan 21» erbrachte in mehr als 100 Meinungsäusserungen «im Grundsatz eine breite

Zustimmung zum Vorhaben, einen gemeinsamen Lehrplan zu erarbeiten».

### Am Start des politischen Hürdenlaufs

Das heisst: Mit Ausnahme der SVP wehrt sich kaum jemand dagegen, dass die Kantone ihre bisher individuell gestalteten Lehrpläne vereinheitlichen und damit den Auftrag der Bildungsverfassung von 2006 (Durchlässigkeit des Systems, Harmonisierung der Bildungsziele) erfüllen. Aber: Die Zustimmung zum Prinzip bedeutet noch nicht grünes Licht für den «Lehrplan 21» an sich. Mit der Willensbekundung der Deutschschweizer EDK steht dieses Projekt erst am Start eines langen politischen Hürdenlaufs:

- Rund ein halbes Jahr ist nun für die Diskussion des Projekts in den Kantonen eingeräumt. Im Frühjahr 2010 entscheidet dann jeder Kanton einzeln, ob er sich an der konkreten Erarbeitung des «Lehrplan 21» beteiligen will. Zwar handelt es sich hier – im Gegensatz zu HarmoS – nicht um ein Konkordat, sondern um eine Vereinbarung auf Regierungsrats-ebene. Es kann somit nicht eine Volksabstimmung darüber erzwungen werden. Aber durch Vorstösse und Opposition in den Kantonsparlamenten lässt sich kräftig Sand ins Getriebe streuen.

- Vorausgesetzt die Kantone entscheiden sich mehrheitlich dafür, am Projekt teilzunehmen und die Kosten von rund sechs Millionen Franken mitzutragen, so beginnt im Herbst 2010 die Erarbeitung des konkreten Lehrplans. Das wird eine hoch anspruchsvolle Angelegenheit, denn – wie es die Projektverantwortlichen milde ausdrücken – «in den Detailfragen zeigt sich eine grosse Meinungsvielfalt». In der Vernehmlassung wurde ein ganzes Fuder von oft einander widersprechenden inhaltlichen Forderungen erhoben, die verarbeitet oder abgewiesen werden müssen.

- Liegt, wie vorgesehen, im Jahr 2014 ein einführungsreifer Lehrplan vor, so müssen die Kantone nochmals entscheiden, ob sie das Werk tatsächlich übernehmen. Und jene Kantone, die dazu ja sagen, haben zumindest rechtlich die Möglichkeit, den Plan ihren Wünschen

und Verhältnissen anzupassen. Zum Beispiel gibt es keine Verpflichtung, die enormen Unterschiede zwischen den Kantonen in der Gesamtstundenzahl der Volksschule einzuebnen. Zwar würde gemäss Bildungsdirektor Schwingruber «der Verfassungsauftrag nur mit einer integralen Übernahme des Lehrplans erfüllt», doch zwingen kann man die Kantone nicht. Entsprechend wird man die Stundentafel im Lehrplan nur als «Empfehlung» formulieren und hofft auf Angleichung im Lauf der Zeit.

Die geringere Verbindlichkeit ist andererseits eine grosse Chance: Auch Kantone, in denen HarmoS abgelehnt wurde, können sich beteiligen.

Kathrin Schmocker und Francesca Moser von der Projektleitung «Lehrplan 21» hoben an der Medienorientierung den Einbezug von Lehrerinnen und Lehrern auf allen Ebenen hervor. Von der Deutschschweizer EDK, an deren Versammlungen Präsident und Zentralsekretärin des LCH mit beratender Stimme teilnehmen, bis zu Begleitgruppe, Fachbeirat und Fachbereichsteams können die Berufsverbände und Lehrpersonen aus der Praxis ihre Stimme ebenso einbringen wie die Fachdidaktiker aus den Pädagogischen Hochschulen.

### Mathematik und Deutsch gleichauf

Vor dem Eintritt in den politischen Prozess haben die Bildungsdirektorinnen und -direktoren aufgrund der Vernehmlassung auch einige inhaltliche Entscheide getroffen. Unter anderem:

- Die Gliederung des Lehrplans nach Fachbereichen anstelle einzelner Fächer soll beibehalten werden – jedoch auf Sekundarstufe I mit klaren Bezugspunkten zu den dahinterliegenden Fächern Chemie, Physik, Biologie, Geografie und Geschichte.
- Mathematik und Deutsch werden den gleichen Anteil an Unterrichtsstunden erhalten (je 17,5%). Ursprünglich wollte man die Mathematik geringer dotieren.
- Bei den überfachlichen Kompetenzen wird «Ausdauer entwickeln» aufgenommen.
- Ein Latein-Lehrplan wird nur entwickelt, falls mehrere Kantone dies wünschen und finanzieren.

Mit einem leisen Seufzer fasste Bildungsdirektor Anton Schwingruber seine Gefühle zum «Lehrplan 21» zusammen: «Es ist ein wunderbares – es ist ein sehr komplexes Projekt.»

## «Dringend nötige Auftragsklärung für die Schule»

### Zusammenfassung der Stellungnahme von Beat W. Zemp, Zentralpräsident LCH, an der Medienkonferenz der deutschsprachigen EDK-Regionen vom 5. November in Luzern.

Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH nimmt den Auswertungsbericht zur Vernehmlassung über die Grundlagen für den Lehrplan 21 mit Befriedigung zur Kenntnis und stellt fest, dass die Rückmeldungen aus der Lehrerschaft darin gut aufgenommen wurden. Der LCH begrüsst die Beschlüsse der Plenarversammlung der deutschsprachigen EDK-Regionen vom 30. Oktober 2009 zum Lehrplanprojekt 21 und ist bereit, bei der Erarbeitung des Lehrplans in allen dafür vorgesehenen Gremien mitzuwirken. Die Lehrerschaft will einen sprachregional verbindlichen Lehrplan, der die dringend nötige Auftragsklärung für die Aufgaben der Volksschule vornimmt. Die zunehmende Aufgabendelegation an die «Reparaturwerkstatt Schule» muss gestoppt werden durch einen handlichen, klaren und nicht überladenen Lehrplan.

Das wichtigste Resultat der LCH-internen Vernehmlassung zum Lehrplan 21 ist das klare Bekenntnis der Lehrerschaft zu einem gemeinsamen und verbindlichen Lehrplan für die deutschsprachigen Volksschulen aller Kantone. Der LCH wird sich dafür einsetzen, dass möglichst alle 21 Kantone der vorgesehenen Projektvereinbarung zum Lehrplan 21 beitreten. Damit ist am besten Gewähr geboten, dass die Ziele der Volksschule harmonisiert werden, wie dies in Art. 62 Abs.4 der Bundesverfassung postuliert wird.

### Primat des Lehrplans und Bezug zu HarmoS sichern

Die von der EDK noch zu verabschiedenden Bildungsstandards des HarmoS-Konkordats müssen kohärent in den Lehrplan 21 übernommen werden. Erst danach können darauf abgestimmte Lehrmittel und Lerntests für das Bildungsmonitoring entwickelt werden (und nicht umgekehrt). Die Vorrangstellung des Lehrplans gelingt aber nur, wenn sich Lehrpersonen, Lehrmittelverlage und Testagenturen daran ausrichten können. Daher muss der Lehr-

plan einfach, verständlich und in der Schulpraxis umsetzbar sein. Gegen einen überladenen Lehrplan würde sich der LCH wehren.

### Klärung der überfachlichen Themen

Neben den unbestritten wichtigen Themen wie ICT/Medien, berufliche Orientierung, nachhaltige Entwicklung, politische Bildung und Gesundheit gibt es eine lange Liste von zusätzlich geforderten überfachlichen Themen, die nicht einem einzelnen Schulfach zugeordnet werden können. Hier ist dringend Klärungsbedarf angesagt. Zudem benötigt der Lehrplan ein Verfahren, welches den Lehrplanbehörden vorgibt, wie mit kommenden gesellschaftliche Anliegen an die Schule umzugehen ist.

### Allmähliche Angleichung der Lektionentafel

Eine Analyse der heutigen Lektionentafeln ergibt grosse Unterschiede bei den Fächerdotierungen zwischen den Kantonen. Der LCH erwartet, dass sich mit der Einführung eines gemeinsamen Lehrplans die heute noch stark unterschiedlichen Lektionentafeln mittelfristig angleichen müssen. Mit der Einführung von moderaten Bandbreiten (analog zum Maturitätsanerkennungsreglement) und einem System von Jahrestudententafeln würde die notwendige Flexibilität für die Schulen und Kantone gewahrt bleiben.

### Zeitliche Freiräume nicht weiter einschränken

Die von der Plenarversammlung der Deutschschweizer Erziehungsdirektorinnen und -direktoren beschlossene «Füllungsquote» von 80% der gesamten Unterrichtszeit für die Erreichung der gemeinsam vereinbarten Lehrplanziele (Kernauftrag) darf nicht mit neuen Ansprüchen laufend aufgefüllt werden, wie dies bei früheren Lehrplänen der Fall war. Die restlichen 20% benötigt die Lehrerschaft für die Erfüllung besonderer Bildungsansprüche, die sich aus den lokalen, regionalen und kantonalen Schulprofilen und aus der besonderen Förderung jedes Kindes und jedes Jugendlichen ergeben.

Beat W. Zemp  
Zentralpräsident LCH

### Weiter im Netz

[www.lehrplan21.ch](http://www.lehrplan21.ch)  
[www.lch.ch](http://www.lch.ch)